# "Trotz des Erfolgs des Euro kämpft die Europäische Zentralbank um Glaubwürdigkeit" in Le Monde (3. Oktober 2003)

**Legende:** Am 3. Oktober 2000, einen Monat vor dem Ende der Amtszeit des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, zieht die französische Tageszeitung Le Monde eine Bilanz der „Duisenberg-Jahre“.

**Quelle:** Le Monde. 03.10.2003. Paris. "Malgré la réussite de l'euro, la Banque centrale européenne a du mal à imposer sa crédibilité", auteur:de Tricornot, Adrien , p. 3.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**
http://www.cvce.eu/obj/trotz_des_erfolgs_des_euro_kampft_die_europaische_zentralbank_um_glaubwurdigkeit_in_le_monde_3_oktober_2003-de-7b60ef5e-54a4-4f44-9635-2ca2b7c38e86.html

**Publication date:** 05/07/2016

## Trotz des Erfolges des Euro kämpft die Europäische Zentralbank um Glaubwürdigkeit

**Die „Duisenberg-Jahre“ waren von einer ständigen Polemik über die Zinssätze gekennzeichnet**

**Frankfurt**
*von unserem Korrespondenten*

Der niederländische Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Wim Duisenberg wird im nächsten Monat ohne Pauken und Trompeten seinen Sessel in Frankfurt aufgeben, den er seit Gründung der EZB 1998 besetzte. Jean-Claude Trichet, Gouverneur der Französischen Zentralbank, wird sein Nachfolger. Am Donnerstag sollte Duisenberg nach einer Sitzung des Rates für dezentralisierte Geldpolitik in Lissabon seine letzte Pressekonferenz geben, bei der es um Kommentare über die Konjunktur und die Erklärung der Entscheidung gehen sollte, die die Zentralbank wie jeden Monat zum Niveau ihrer Zinssätze treffen muss. Nach Angaben der Analysten werden die Zinssätze auf ihrem derzeitigen Niveau gehalten werden.

Die Geschichte wird sich zweifelsohne an den Erfolg der ersten Jahre dieses einzigartigen Abenteuers erinnern: der Einführung des Euro. Abgesehen von ein paar „Misstönen“ haben am 1. Januar 2002 um Mitternacht mehr als 300 Millionen Europäer ohne Zwischenfälle eine neue Währung erhalten. Die Finanzmärkte ihrerseits waren bereits seit dem ersten Januar 1999 zum Euro übergegangen. Bei der Anhörung Duisenbergs im Europäischen Parlament am 10. September konnte Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, den „*gewaltigen Erfolg*“ der Einführung des Euro begrüßen, ohne fürchten zu müssen, der Schöntuerei bezichtigt zu werden. Die einzige Wolke am Himmel: die Zunahme von Falschgeld – im ersten Halbjahr 2003 wurden ca. 230 534 falsche Euro-Scheine aus dem Verkehr gezogen, was einem Anstieg von 59 % gegenüber dem vorherigen Halbjahr bedeutet. Trotz allem bleibt aber der Betrug unter dem Jahresdurchschnitt von 700 000 falschen Scheinen, die 2001 in den Ländern des Eurowährungsgebietes registriert wurden. Die „Duisenberg-Jahre“ waren aber von einer fast permanenten Kontroverse mit den europäischen Regierungen und den Finanzmärkten über die Zinspolitik der EZB und ihrer Kommunikation gekennzeichnet. Während die US-amerikanische Zentralbank eine aggressive Politik zur Senkung der Zinssätze angesichts der Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität verfolgte und ihren wichtigsten Leitzinssatz im Laufe des Jahres 2002 elf Mal gesenkt hat, um ihn schließlich auf 1,25 % festzusetzen, hat die EZB gezaudert und in der gleichen Zeit die Leitzinssätze nur vier Mal gesenkt, so dass sie Ende 2003 bei 3,25 % liegen.

Die Bank hat ihre Haltung mit der Aufgabe gerechtfertigt, die ihr in ihrem Gründungsvertrag zugewiesen wurde – dem Maastricht-Vertrag, der später durch die Verträge von Amsterdam und Nizza erweitert wurde: Wahrung der Preisstabilität und Unterstützung der Politiken in der Europäischen Union. Die EZB habt sich aber vor allem in ihren internen Streitigkeiten verstrickt, während Duisenberg sich bemühte, einen nicht auffindbaren Konsens zwischen den strengen Verfechtern einer monetären Orthodoxie und den Befürwortern eines offeneren Ansatzes zu erreichen.

Als Europa im November 2002 von der Rezession bedroht schien, erklärte der Präsident der Europäischen Zentralbank nach einer Sitzung des Gouverneursrates, er habe „*ausführlich das Pro und Contra einer Senkung der Zinssätze diskutiert*“, und verschob seine Entscheidung ein weiteres Mal.

Um der Polemik ein Ende zu bereiten, kündigte die EZB im Mai nach mehreren Monaten der Debatten eine Reform ihrer Definition der Preisstabilität an. Zwar sieht sie vor, die Inflation im Eurowährungsgebiet weiterhin unter der Schwelle von 2 % zu halten, ihr Ziel besteht aber mittlerweile darin, sich diesem Grenzwert möglichst weit zu nähern.

Außerdem haben sich die Mittel zur Überwachung der Vorzeichen eines eventuellen Abrutschens der Preise geändert. Die Überwachung des „Geldmengenaggregats M3“, das von der deutschen Bundesbank übernommen wurde und mit dessen Hilfe die in Umlauf befindliche Geldmenge berechnet wird, verliert immer weiter an Bedeutung, während Wirtschaftsindikatoren (Wachstum, Preisanstieg, Wechselkurse, Gehälter etc.) immer wichtiger werden.

Die Europäische Zentralbank wurde auch für die schlechte Verwaltung der Parität des Euro mit dem Dollar kritisiert. Die EZB, die sich der Grenzen ihrer Interventionen sicher bewusst war, beschloss, nur in Notfällen direkt auf dem Devisenmarkt einzugreifen, wodurch sie im Juli Kritik von Bundeskanzler Schröder erntete, der um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Exports fürchtete.

Allgemeiner gesehen sind die Analytiker auch der Ansicht, dass die Kommunikation der EZB zwar schon klarer geworden ist, dass sie aber weiterhin verbessert werden muss.

**Unbehagen der Führungskräfte**

Die Zahl der Mitarbeiter der EZB in Frankfurt ist sehr schnell gestiegen: In fünf Jahren ist sie von 400 auf über 1 200 angewachsen; die Hälfte wurden von den nationalen Zentralbanken entsendet und die andere Hälfte wurde vor Ort eingestellt. Trotz eines sehr großzügigen Status (Zulagen, Besteuerung nach der Gemeinschaftssteuer, gesonderte Krankenversicherung und Altersversorgung etc.) sollen ihre Mitarbeiter im Allgemeinen aufgrund mangelnder Aufstiegsperspektiven „frustriert“ sein, ihre Hierarchie nicht sonderlich schätzen und das Arbeitsklima als schlecht bewerten. Das ergab eine Umfrage bei 600 Beschäftigten durch das Beratungsunternehmen McKinsey, die Anfang Juli veröffentlicht wurde. Vier Arbeitsgruppen reichten am Dienstag dem Exekutivrat Vorschläge ein. Sie empfehlen mehr Mobilität innerhalb der EZB und zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken sowie die Einrichtung neuer Hierarchiestufen.

**Adrien de Tricornot**